

Kreisverwaltung Vulkaneifel

Beschlussvorlage

Abteilung: Abfallwirtschaft

- öffentlich -

Datum **Drucksachen Nr.** (gg. Nachtragsvermerk)

31.07.2013

II/947

Beratungsergebnis

Beratungsfolge	Termin	TOP	Bemerkungen
Kreistag	02.09.2013	3.	

Betreff:

Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft zum 31.12.2012

Beschlussvorschlag:

Auf Empfehlung des Werkausschusses stellt der Kreistag den Jahresabschluss des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft zum 31.12.2012 fest und beschließt, den Jahresverlust auf neue Rechnung vorzutragen.

Sachdarstellung:

I.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2012 wurde fristgerecht durch den Eigenbetrieb erstellt und durch die Werkleitung vorgelegt.

Der vom Kreistag bestellte Abschlussprüfer, Dornbach GmbH, hat die Abschlussprüfung durchgeführt. Hierbei erfolgte die örtliche Prüfung in den Monaten März/April 2013 in den Büroräumen des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft. Die Fertigstellung des Prüfungsberichtes erfolgte dann in den Geschäftsräumen der Dornbach GmbH in Koblenz.

Der zuständige Werkausschuss hat sich bereits in seiner letzten Sitzung mit dem Jahresabschluss und der Behandlung des Ergebnisses befasst. Die abschließende Entscheidung über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Behandlung eines Gewinnes oder Verlustes obliegt jedoch dem Kreistag.

II.

Unabhängig vom Sachvortrag eines Vertreters der Dornbach GmbH, der an der Sitzung des Kreistages teilnehmen wird, sollen nachfolgend im Wesentlichen folgende Punkte erläutert werden:

1. Vergleich zwischen Erfolgsplan (Voranschlag) und Jahresergebnis nach GuV (Plan-Ist-Vergleich)
2. Gewinn- und Verlustrechnung, liquiditätswirksames Jahresergebnis, Eigenkapital
3. Bestätigungsvermerk
4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres
5. Vorausschau/voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebs

1. Vergleich zwischen Erfolgsplan (Voranschlag) und Jahresergebnis nach GuV (Plan-Ist-Vergleich)

Die Umsatzerlöse (3.507.613 €, Vorjahr: 3.812.641 €), die im Wirtschaftsplan 2012 mit 3.514.801 € veranschlagt wurden, sind im Gesamtergebnis gegenüber dem Voranschlag um 7.188 € (0,2 %) niedriger ausgefallen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass bei den nachfolgend dargestellten Positionen niedrigere Gebühreneinnahmen als veranschlagt zu verzeichnen waren:

- Umleer- und Absetzcontainer 10.833 €
- Verkauf von Restmüllsäcken 1.344 €

Bei den nachfolgend dargestellten Positionen waren jedoch auch Mehreinnahmen zu verzeichnen:

- Benutzungsgebühren Haushalte 1.979 €
- Schadstoffe gewerblich 974 €
- Selbstanlieferer Müllumladestation 2.036 €

Die sonstigen betrieblichen Erträge (455.782 €, Vorjahr: 657.749 €) sind im Ergebnis um 119.919 € niedriger als der Voranschlag ausgefallen. Dies hängt im Wesentlichen damit zusammen, dass die kalkulierten Erlöse aus der Altpapierverwertung durch einen Preisverfall beim Altpapier erheblich niedriger ausgefallen sind (- 169.493 €). Mehrerträge haben sich ergeben bei sonstigen Erstattungen (+ 3.466 €), Mahngebühren und Säumniszuschlägen (+ 9.189 €) sowie bei den periodenfremden und neutralen Erträgen (+ 27.656 €) und der Korrektur der Abschreibungen Deponie Dohm-Lammersdorf (+ 9.688 €).

Im Bereich der Aufwendungen für bezogene Leistungen waren gegenüber den Planansätzen (3.879.157 €) ausweislich der Zahlen des Jahresabschlusses (3.864.873 €, Vorjahr: 3.895.296 €) Einsparungen in einer Größenordnung von 14.284 € (0,4 %) zu verzeichnen. Dieses Ergebnis wird wie folgt begründet (wesentliche Positionen):

Einsparungen

- Vorbehandlungs- und Entsorgungskosten 38.927 €
- Verwertung Grünabfälle 4.828 €
- Containerabfuhr Umleercontainer 2.652 €
- Unterhaltung Deponie 24.082 €
- Verwertung von Bioabfällen 39.778 €
- Sonstiges 1.358 €

Mehraufwendungen

- Sperrmüllverwertung 42.084 €
- Umschlag und Transport, Restmüllsammlung 26.983 €
- Problemabfälle 12.018 €
- Biomüllsammlung 6.875 €
- Sammlung und Verwertung Altpapier 5.692 €
- Sonstiges 3.839 €

Die Personalkosten (190.695 €, Vorjahr: 168.885 €) liegen um 5.695 € über dem Voranschlag. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 21.810 € (12,9 %) wird damit begründet, dass aufgrund veränderter Gegebenheiten der an den Landkreis zur erstattende Anteil an den Personal- und Verwaltungsgemeinkosten überprüft und ab dem Berichtsjahr höher festgesetzt werden musste.

Aufwendungen für Abschreibungen sind in einer Größenordnung von 62.694 € angefallen (Vorjahr: 57.380 €). Sie liegen damit um 4.917 € über dem Voranschlag.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (235.691 €, Vorjahr: 215.788 €) sind um 11.991 € (5,4 %) höher als der Voranschlag ausgefallen.

Zinsen und ähnliche Erträge (11.440 €, Vorjahr: 17.147 €) liegen mit 1.440 € über dem Voranschlag für 2012.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen (15.097 €, Vorjahr: 13.118 €) liegen mit 636 € über dem Voranschlag.

2. Gewinn- und Verlustrechnung, liquiditätswirksames Jahresergebnis, Eigenkapital

Die Gewinn- und Verlustrechnung (**Anlage 2**) weist einen Jahresverlust in Höhe von 394.215,48 € (Vorjahr: Jahresgewinn 137.068,99 €) aus, der auf neue Rechnung vorgetragen werden sollte.

Die Berechnung des liquiditätswirksamen Jahresergebnisses (**Anlage 3**) führt zu einem ausgabewirksamen Jahresverlust in Höhe von 373.927,08 €. Am Ende des Vorjahres (31.12.2011) war noch ein Liquiditätsüberschuss in einer Größenordnung von 151.545,44 € zu verzeichnen. Die Liquidität war während des gesamten Berichtszeitraumes gegeben. Kassenkredite mussten nicht in Anspruch genommen werden.

Das Eigenkapital des Eigenbetriebs ist von 2.169.101 € am 31.12.2011 auf 1.774.885 € zum 31.12.2012 zurück gegangen. Die Abnahme des Eigenkapitals resultiert aus dem Jahresverlust. Das Fremdkapital beträgt zum 31.12.2012 insgesamt 656.028 € (Vorjahr: 634.242 €). Der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital beträgt somit 73,0 % (Vorjahr: 77,4 %).

3. Bestätigungsvermerk

Der Abschlussprüfer hat dem Jahresabschluss und dem Lagebericht zum 31.12.2012 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt (**Anlage 4, Seiten 1 – 2**).

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres

Nach Schluss des Wirtschaftsjahres hat am 18.03.2013 der zuständige Werkausschuss über die Vergabe der ab 01.01.2014 neu auszuschreibenden abfallwirtschaftlichen Leistungen entschieden. Nach Ablauf der notwendigen Fristen wurden die entsprechenden Verträge bereits abgeschlossen und sind rechtswirksam. Dies bedeutet, dass für den Zeitraum von 2014 bis 2018 eine Entsorgungssicherheit sowohl bei den Sammlungsleistungen, als auch bei den Leistungen der Verwertung von Bioabfällen, Problemabfällen, Altpapier und Sperrmüll gewährleistet ist.

Von besonderer Bedeutung wird auch sein, dass auf Beschluss der zuständigen Gremien im Laufe des Jahres 2013 flächendeckend im Landkreis eine separate Papiertonne eingeführt wird.

Außerdem kann als Gesamtergebnis der Ausschreibung festgestellt werden, dass ab 2014 die Kosten für die Sammlung und den Transport von Restmüll, Biomüll und Sperrmüll sowie für die Einsammlung und den Umschlag des Altpapiers, inkl. der Neugestellung von Altpapier-tonnen, steigen werden. Leicht rückgängig werden die Kosten für die Verwertung des Bioabfalls und des Sperrmülls sein. Durch diesen Rückgang und die erwartete verbesserte Erlössituation bei der Altpapierverwertung können die Kostensteigerungen jedoch nicht vollständig aufgefangen werden, so dass mit einem Gesamtanstieg in einer Größenordnung zwischen 15 und 20 % zu rechnen sein wird.

5. Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebs

- Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft konnte nach dem Jahr 2011, das mit einem Jahresgewinn in Höhe von 137.069 € abgeschlossen hatte, im Berichtsjahr nicht mit einem ausgeglichenen oder positiven Ergebnis abschließen. Bereits bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2012 war ein negatives Jahresergebnis zu erwarten, weil beabsichtigt ist, auch in den kommenden Jahren in einem vertretbaren Rahmen auf notwendige Gebührenanhebungen zu verzichten und die eintretenden Verluste durch die vorhandenen Eigenmittel auszugleichen. Diese Vorgehensweise ist auch identisch mit der bestehenden Beschlusslage in den zuständigen Gremien. Die Werkleitung ist jedoch bestrebt, darauf hinzuwirken, in der Zukunft den Abbau der Eigenmittel auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.
- Durch die bestehenden Verträge ist bei den Sammlungsleistungen eine Entsorgungssicherheit bis 31.12.2013 gewährleistet. Zur Situation ab 01.01.2014 wird auch auf die Ausführungen unter Zi. 4. verwiesen.
- Ebenfalls ist innerhalb des Zweckverbandes „Regionale Abfallwirtschaft“ aufgrund bestehender Verträge die Entsorgungssicherheit für die Vorbehandlung und Verwertung/Entsorgung des Restmülls bis zum 31.12.2016 gewährleistet. Die Neuausschreibung für diese Leistungen hatte bekanntlich zu einem positiven Ergebnis geführt, so dass bei den Entsorgungskosten ab 01.09.2012 Preisreduzierungen von bis zu 40 % zu verzeichnen waren. Für das Jahr 2012 sind die Gebührenzahler damit erstmals zu einem Teil in den Genuss dieser günstigeren Preisgestaltung gekommen. Für das Wirtschaftsjahr 2013 werden die günstigen Preise sich erstmals ganzjährig positiv auswirken. Die günstigeren Entsorgungspreise werden im Jahre 2014 jedoch nicht dazu führen, die aufgrund der Ausschreibung erwarteten Kostensteigerungen komplett aufzufangen (s. hierzu auch Ausführungen unter Zi. 4., Abs. 3).

III.

Wie bereits erwähnt wurde, wird in der Sitzung des Kreistages, ein Vertreter der Dornbach GmbH anwesend sein, um den Jahresabschluss/Prüfungsbericht vorzustellen und auch zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung zu stehen.

Als weitere **Anlagen** sind dieser Vorlage

- die Bilanz zum 31.12.2012 (Anlage 1)
- Darstellungen und Erläuterungen zur Vermögenslage (Anlage 5, Seiten 1 – 3)
- Darstellungen und Erläuterungen zur Ertragslage (Anlage 6, Seiten 1 – 4)

beigefügt.

IV.

Wie bereits unter I. erwähnt wurde, hat sich der Werkausschuss in der letzten Sitzung am 19.08.2013 mit der Feststellung des Jahresabschlusses befasst. Er hat beschlossen, dem Kreistag zu empfehlen, im Sinne des formulierten Beschlussvorschlages zu entscheiden.

Der Kreistag wird daher gebeten, wie vorgeschlagen zu entscheiden.

so dass mit einem Gesamtanstieg in einer Größenordnung zwischen 15 und 20 % zu rechnen sein wird.

5. Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebs

- Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft konnte nach dem Jahr 2011, das mit einem Jahresgewinn in Höhe von 137.069 € abgeschlossen hatte, im Berichtsjahr nicht mit einem

ausgeglichenen oder positiven Ergebnis abschließen. Bereits bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2012 war ein negatives Jahresergebnis zu erwarten, weil beabsichtigt ist, auch in den kommenden Jahren in einem vertretbaren Rahmen auf notwendige Gebührenerhebungen zu verzichten und die eintretenden Verluste durch die vorhandenen Eigenmittel auszugleichen. Diese Vorgehensweise ist auch identisch mit der bestehenden Beschlusslage in den zuständigen Gremien. Die Werkleitung ist jedoch bestrebt, darauf hinzuwirken, in der Zukunft den Abbau der Eigenmittel auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.

- Durch die bestehenden Verträge ist bei den Sammlungsleistungen eine Entsorgungssicherheit bis 31.12.2013 gewährleistet. Zur Situation ab 01.01.2014 wird auch auf die Ausführungen unter Zi. 4. verwiesen.
- Ebenfalls ist innerhalb des Zweckverbandes „Regionale Abfallwirtschaft“ aufgrund bestehender Verträge die Entsorgungssicherheit für die Vorbehandlung und Verwertung/Entsorgung des Restmülls bis zum 31.12.2016 gewährleistet. Die Neuausschreibung für diese Leistungen hatte bekanntlich zu einem positiven Ergebnis geführt, so dass bei den Entsorgungskosten ab 01.09.2012 Preisreduzierungen von bis zu 40 % zu verzeichnen waren. Für das Jahr 2012 sind die Gebührenzahler damit erstmals zu einem Teil in den Genuss dieser günstigeren Preisgestaltung gekommen. Für das Wirtschaftsjahr 2013 werden die günstigen Preise sich erstmals ganzjährig positiv auswirken. Die günstigeren Entsorgungspreise werden im Jahre 2014 jedoch nicht dazu führen, die aufgrund der Ausschreibung erwarteten Kostensteigerungen komplett aufzufangen (s. hierzu auch Ausführungen unter Zi. 4., Abs. 3).

III.

Wie bereits erwähnt wurde, wird in der Sitzung des Kreistages, ein Vertreter der Dornbach GmbH anwesend sein, um den Jahresabschluss/Prüfungsbericht vorzustellen und auch zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung zu stehen.

Als weitere **Anlagen** sind dieser Vorlage

- die Bilanz zum 31.12.2012 (Anlage 1)
- Darstellungen und Erläuterungen zur Vermögenslage (Anlage 5, Seiten 1 – 3)
- Darstellungen und Erläuterungen zur Ertragslage (Anlage 6, Seiten 1 – 4)

beigefügt.

IV.

Wie bereits unter I. erwähnt wurde, hat sich der Werkausschuss in der letzten Sitzung am 19.08.2013 mit der Feststellung des Jahresabschlusses befasst. Er hat beschlossen, dem Kreistag zu empfehlen, im Sinne des formulierten Beschlussvorschlages zu entscheiden.

Der Kreistag wird daher gebeten, wie vorgeschlagen zu entscheiden.